

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/221

16. November 1972

Pressefreiheit nach "Unions"-Art

Dregger offenbart das CDU-Systembild des Journalisten

Von Dr. Manfred Buchwald/Mainz / Stellv. Vorsitzender des Deutschen Journalistenverbandes

Seite 1 / 43 Zeilen

Die CDU und die Ungleichheit der Chancen

Zu den gesundheitspolitischen Grundsätzen der Unionsparteien

Von Dr. Horst Schmidt / Sozialminister des Landes Hesses

Seite 2 und 3 / 57 Zeilen

Das CDU-Geschäft mit der Angst

Bösartiges Wahlspiel mit der Inneren Sicherheit

Von Hermann Dürr / Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Fraktion im VI. Bundestag

Seite 4 bis 6 / 148 Zeilen

An der Spitze der Reformarbeit!

Ideologische Blockade durch die CDU/CSU wird nicht hingenommen

Von Dr. Klaus von Dohnanyi / Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Seite 7 bis 9 / 135

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Achtung: "Der Sozialdemokrat kommt!"

Seite 10 und 11 / 63 Zeilen

- * Wir setzen heute den zwanglosen Abdruck
- * einer Serie "Rückblick und Ausblick" fort,
- * in der die sozialdemokratischen Bundes-
- * minister über ihre Tätigkeit und ihre
- * Arbeitspläne berichten.

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder
6300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 82 80 37 - 38
Telex: 888 848 / 888 847/
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
6300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 65 11

Pressefreiheit nach "Unions"-Art

Dregger offenbart das CDU-Systembild des Journalisten

Von Dr. Manfred Buchwald/Mainz

Stellv. Vorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbandes

Der hessische CDU-Vorsitzende Dr. Alfred Dregger scheint schon vor dem 19. November Wahlwechsel seiner Partei einzulösen. Vor dem Bund Deutscher Zeitschriftenverleger, dem so hilfsbereite CDU-Sympathisanten wie der Heinrich-Bauer-Verlag angehören, übte er Wohlverhalten und entwickelte pressepolitische Ordnungsvorstellungen wie sie die Verleger selbst nicht krasser artikulieren könnten.

"Linke Systemveränderer", so wußte Dr. Dregger den Verlegern zu versichern, versuchten, "zu neuen Kompetenzabgrenzungen zwischen dem am Pressewesen Beteiligten zu kommen mit dem Ziel, es auch hier ihren Anhängern zu erleichtern, die Macht möglichst bald und möglichst vollständig zu erobern".

Es gehört schon ein gerüttelt Maß an Zynismus dazu, die Sicherung der inneren Pressefreiheit mit Machtergreifung gleichzusetzen. Alfred Dregger scheut sich nicht, den vom Verleger abhängigen Journalisten zum Idealtyp zu erklären; wörtlich: "... nichts spricht dafür, daß ein vom Verleger unabhängiger Redaktionsstab seine Aufgabe besser, objektiver und von Meinungsmanipulation freie erfüllen würde als ein vom Verleger abhängiger. Das Gegenteil ist der Fall."

Und da - immer nach Dregger - der abhängige Journalist der bessere, objektivere und freiere ist, erübrigt sich natürlich auch jede Trennung und Definition der redaktionellen und Verlegerkompetenzen: "Die Kompetenzgrenzen zwischen den Beteiligten werden überall da, wo es klappt, durch die Natur der Sache, die sich aus den unterschiedlichen Funktionen der Beteiligten ergibt, und durch menschlichen Takt gezogen. Das schriftlich fixieren zu wollen ist problematisch, insbesondere wenn es nicht im Anstellungsvertrag oder in einem frei vereinbarten Redaktionsstatut, sondern in einem für alle gleichen und für alle verbindlichen Gesetz geschehen soll."

Abgesehen vom höchst eigenwilligen Rechtsverständnis Dreggers: Deutschlands Journalisten erfahren hier, was der Schatteninnenminister des Kanzlerkandidaten Barzel von ihnen hält; was sie an pressepolitischem Fortschritt von einer CDU/CSU-Regierung zu erwarten hätten; und welches Schicksal das Bundespresserechtsrahmengesetz erleidet, wenn es in die Ressortzuständigkeit eines Dr. Dregger geraten sollte.

"Die Pressefreiheit, wie sie im Grundgesetz verankert ist, ist längst nicht mehr Gemeingut aller politischen Kräfte in unserem Lande", wußte Herr Dregger schließlich sybillinisch zu verkünden. Es wäre ein Zeichen erfreulicher Selbsterkenntnis, wenn er damit die Rundfunkpolitik der CSU in Bayern und seine eigene Ergebenheitsrede vor den Verlegern gemeint hätte.

(-/16.11.1972/bgy/ex)

Die CDU und die Ungleichheit der Chancen

Zu den gesundheitspolitischen Grundsätzen der Unionsparteien

Von Dr. Horst Schmidt

Sozialminister des Landes Hessen

Die Unionsparteien wollen vor dem Wahltag noch möglichst viele Gespenster im ganzen Land ausfindig machen. Nachdem die Angstparolen im Bereich von Wirtschaft und Währung nicht recht gezündet haben, ist jetzt die angeblich drohende Sozialisierung des Gesundheitswesens an der Reihe. Freilich hat das Schielen auf den Wähler die Unionsparteien hier in eine äußerst unangenehme Situation gebracht, die ihrer Glaubwürdigkeit deutlich schadet und sie in gravierende Widersprüche verwickelt. Die von der CDU namentlich aufgeführte freie Arztwahl ist und bleibt ebenso wie die ärztliche Schweigepflicht auch weiterhin gewährleistet. Wer anderes unterstellt, spricht bewusst die Unwahrheit. Allerdings fühlen sich SPD und FDP in Bund und Ländern dazu verpflichtet, das Gesundheitswesen - vor allem im Bereich des Krankenhauses - heutigen Erkenntnissen und Erfordernissen anzupassen. Ziel dieser vor allem vom Land Hessen mit Nachdruck betriebenen Politik ist es, jedem Patienten im Krankenhaus, unabhängig von seiner gesellschaftlichen Stellung oder seinem Geldbeutel, die gleichen Chancen einzuräumen. Hier halten wir in der Tat eine unterschiedliche Behandlung für nicht mehr zeitgemäß und unangebracht. Es bleibt dem CDU-Sozialexperten Katzer überlassen, eine derartige Zielsetzung als Sozialisierung zu versteufeln.

Hier beginnt das Dilemma der Union. Dem Wort nach bekennt sie sich in ihren Gesundheitsgrundsätzen zwar auch zur gleichen Behandlung der Patienten ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Lage. Aber sie scheut sich nicht, im gleichen Atemzug für den zahlungsfähigeren Patienten mit dem dickeren Geldbeutel Vorteile zu fördern, die dieser Chancengleichheit Hohn sprechen. Bessere

Pflegeklasse, bessere Verpflegung, bessere ärztliche Behandlung - die angeblich gleichen Heilungschancen für den Patienten werden hier zu Farce. Wieder einmal wollte die CDU auf allen Hochzeiten tanzen und wieder einmal wurde offenbar, wie wenig es dieser Partei um eine Sachaussage zur Reform geht. Es genügt eben nicht, sich das Mäntelchen des Reformers umzuhängen, wenn darunter die alten Kleider sichtbar werden. Es widerspricht einer fairen politischen Haltung, auf der einen Seite das bestehende System der Gesundheitssicherung in den Himmel zu loben und gleichzeitig dem Wähler vorzugaukeln, die CDU wolle dem Kranken zur Chancengleichheit verhelfen.

Wir Sozialdemokraten verfolgen hier eine realistischere Politik. Wir verschließen nicht die Augen vor den Mängeln im bestehenden Gesundheitssystem, das eben nicht überall die Chancengleichheit für den kranken Menschen unabhängig von seiner sozialen Status und seiner finanziellen Leistungsfähigkeit gewährleistet hat.

In Hessen hat die Landesregierung deshalb gemeinsam mit der Ärzteschaft die Krankenhausreform in Gang gebracht. Inzwischen macht das hessische Modell Schule und ist auch für CDU-geführte Bundesländer ebenso wie für andere europäische Länder zum richtungsweisenden Beispiel geworden. Gerade deshalb wird der Wähler sehr hellhörig sein, wenn die Union aus offenkundig wahltaktischen Überlegungen heraus nun den Unterschied zwischen Reform und Sozialisierung verwischt. Es darf bezweifelt werden, ob die CDU mit diesem Alarmgeschrei vor dem hausgemachten Gespenst gut beraten war. Sie hat sich mit diesem Vorgehen den berechtigten Verdacht ausgesetzt, daß ihre Spekulation auf die Stimmen der Reformgegner letztlich größer ist als ihr Interesse an einer Reform des Gesundheitswesens. (-/15.11.1972/ks/ex)

Das CDU-Geschäft mit der Angst

Bösartiges Wahlspiel mit der Inneren Sicherheit

Von Hermann Dürr

Vorsitzender des Arbeitskreises

Rechtswesen der SPD-Fraktion im VI. Bundestag

CDU und CSU beklagen sich darüber, daß ihr von vielen Seiten vorgeworfen wird, sie betreiben das Geschäft mit der Angst. Sie drücken den Bürgern Flugzettel in die Hand, "Argumente" genannt. Auch hier versuchen sie die Zustimmung der Wähler dadurch zu gewinnen, daß sie mit gespielter Entrüstung auf alle weisen, die ihre Agitation zur Frage der Verbrechensbekämpfung und Inneren Sicherheit zutreffend als Verunsicherungskampagne bezeichnet haben. Bei näherem Hinsehen merkt man sehr schnell, daß die "Unions"-Parteien aus einem offen zutage liegenden Grunde nur agitieren und ausschließlich das Geschäft mit der Angst betreiben: Sie haben keinen einzigen Vorschlag anzubieten, der nicht Dinge wiederholte, die von der SPD entweder längst verwirklicht oder doch in Angriff genommen worden sind.

Die "Argumente" der Opposition bestehen teils im Verschweigen wesentlicher Tatsachen, teils werden falsche Behauptungen aufgestellt. Vergehen und Verbrechen seien - so eines der "Argumente" der Opposition - während der bisherigen Regierungszeit von Bundeskanzler Willy Brandt mehr als sonst angestiegen. Das ist falsch! Richtig ist, daß zwar die Häufigkeitsziffer von Jahr zu Jahr angestiegen ist, in der Zeit aber, in der CDU und CSU noch den Bundeskanzler stellten, ist das aber zeitweise in höherem Maße als jetzt geschehen.

Die Opposition behauptet ferner, daß die Zunahme der Rauschgiftdelikte besonders besorgniserregend geworden sei, seitdem die sozialliberale Regierung bestehe. Die Zahl der Apothekeneinbrüche, die vorgenommen werden, um Rauschgifte zu beschaffen, nehme ständig zu, ohne daß dagegen Wirkungsvolles getan werde. Auch das ist falsch! Richtig ist, daß der sichtbare Beginn der bis dahin kriminalpolitisch unerheblichen Rauschgiftdelikte in die Zeit fällt, in der CDU und CSU noch die Regierung führten. Unabhängige Experten erklärten in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit, daß in den Jahren 1967/68 der Beginn dessen liege, was man "Drogenwelle" nennt. Außerdem - und auch das verschweigt die CDU - wurden nie so viele Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz aufgeklärt wie gerade im Jahre 1971: nämlich 97,2 vH. Schließlich läßt sich schon jetzt absehen, daß die Zahl der Apothekeneinbrüche im Jahre 1972 um etwa 40 vH. zurückgegangen sein wird. In besonderer Maße wird eine von der Bundesregierung am 16. Oktober 1972 beschlossene Verordnung dazu beitragen, daß auch im nächsten Jahr derartige Delikte weiter zurückgehen. Die Verordnung wird es den

Apotheken ermöglichen, Rauschgifte schneller als bisher im Großhandel zu erwerben; sie werden deshalb keine Rauschgifte in erheblichen Mengen mehr lagern müssen. Die Apothekeneinbrüche werden darum für Rauschgiftsüchtige und Rauschgift Händler weitgehend uninteressant.

Die Reform des Demonstrationsstrafrechts hat für jedermann sichtbar dazu geführt, daß die Zahl der Demonstrationen, die mit Gewalttätigkeiten verbunden sind, stark zurückgegangen ist. Das neue Demonstrationsstrafrecht schaffte klare Straftatbestände, die es der Polizei erlauben, sicher und ohne Verletzung verfassungsrechtlicher Grundsätze gegen einzelne Täter vorzugehen. Der Erfolg dieser Reformmaßnahme ist für jedermann eine Erfahrung, der sich vor Augen hält, welche Unruhe in den deutschen Großstädten in den Jahren 1967/68 - zu Zeiten des CDU-Kanzlers Kiesinger - geherrscht hatte.

Die CDU schreckt selbst vor der scheinheiligen Versuch nicht zurück, wesentliche Erfolge im Zusammenhang mit der Verbrechensbekämpfung an ihre Fahnen zu heften. Das muß mißlingen. Denn jeder weiß, daß das neue Waffengesetz, die Änderung des Verfassungsschutzgesetzes und des Bundesgrenzschutzgesetzes auf Vorschläge und intensive Arbeiten der sozialliberalen Bundesregierung zurückzugehen.

Auch die Haftrechtsnovelle, mit der der Haftgrund "Wiederholungsgefahr" zur intensiven Bekämpfung der Serien- und Bandenriminalität erweitert wurde, konnte im Parlament letztlich nur deswegen verabschiedet werden, weil die SPD-Fraktion dieses Vorhaben mit ihrer parlamentarischen Mehrheit unterstützte. Die SPD erfüllte damit einen Beschluß, den ihr Parteitag bereits im April 1969 gefaßt hatte.

Der CDU ist es anscheinend aus parteipolitischen Gründen gar nicht recht, daß die Bundesregierung Anfang dieses Jahres den Entwurf des Bundesjustizministers zu einem ersten Gesetz zur Reform des Strafverfahrensrechtes beschloß und den parlamentarischen Gremien zuleitete. Dieser Entwurf schafft zum Wohle aller Bürger die Voraussetzungen dafür, daß die Verbrecher, die mit den Methoden der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts arbeiten, es nicht mehr mit einer nach den Vorstellungen des vorigen Jahrhunderts organisierten Staatsanwaltschaft und Strafgerichtsbarkeit zu tun haben. Die Gerichte werden schneller als bisher der Straftat das Urteil folgen lassen können. Das wird die abschreckende Wirkung der Strafandrohung spürbar verstärken. Die CDU verschweigt die Existenz dieses Reformwerkes, von dem sich viele große Wirksamkeit zum Schutz der Bürger versprechen. Sie verweist statt dessen auf einen bruchstückhaften, unausgereiften Entwurf einiger CDU-regierter Länder, der schon längst zu den Akten gelegt worden ist.

Diese Bundesregierung hat sich auch als erste intensiv mit der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität befaßt. Sie hat zu Verbesserung der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität ein Gesetz verabschiedet, das die Rechte der Staatsanwaltschaft verstärkt und das Verfahren konzentriert. Sie hat eine Sachverständigenkommission eingesetzt. Die CDU war nicht zu bewegen, einen Vertreter in diese Kommission zu entsenden, obwohl sie wiederholt darum gebeten worden war. Das allein macht ihr verbales Bekenntnis zur Absicht der Bundesregierung, die Wirtschaftskriminalität rasch und nachdrücklich zu bestrafen, unglaubwürdig.

Fehlt es im vorhergehenden Punkt an Glaubwürdigkeit, mangelt

es in einem anderen an der Urheberschaft, die sich die CDU zuschreiben will. Ein offenbar sehr kurzes Gedächtnis ermöglicht es, Dinge zu fordern, die von der SPD teilweise schon verwirklicht worden sind. So ist die Bundesregierung mit dem Vorschlag hervorgetreten, eine Bestimmung gegen die öffentliche Gewaltverherrlichung als § 131 in das Strafgesetzbuch einzufügen. Diese neue Bestimmung sollte mit dem 4. Gesetz zur Reform des Strafrechts in Kraft treten. Die CDU war jedoch nicht dazu zu bewegen, das verabschiedungsreife Reformgesetz in den Tagen vor der Auflösung des Bundestages zu verabschieden, wie die SPD es wünschte.

Schließlich begann sich die CDU im Wahlkampf auf die erforderliche Neuorganisation der Polizei. Sie übersah bei ihrer Forderung allerdings, daß diese durch das Sofortprogramm der Bundesregierung zur Verbrechensbekämpfung als erfüllt anzusehen ist. Die finanzielle und personelle Ausstattung des Bundeskriminalamtes ist zur Zeit der sozialliberalen Regierung in einer Weise verstärkt worden, die alles von der CDU Geforderte in den Schatten stellt. Die Aufwendungen für das Bundeskriminalamt stiegen in den Jahren 1965 bis 1969 von knapp 14 Millionen DM auf 22,4 Millionen DM jährlich. In den Jahren von 1969 bis 1972 dagegen von jährlich 22,4 Millionen DM auf 75,2 Millionen DM. Diese Anstrengungen der Bundesregierung waren auch erforderlich, weil CDU und CSU es in den vergangenen Jahren in sträflicher Weise unterlassen haben, das Bundeskriminalamt in der erforderlichen Weise zu unterstützen. Außerdem hat die Bundesregierung gleich zu Beginn der Legislaturperiode weitere Maßnahmen eingeleitet. Eine Polizeiführungsakademie wird ausgebaut werden. Im Jahre 1971 wurde in Wiesbaden mit den Neubauten für die Kriminaltechnik und die Datenverarbeitung begonnen. Das Bundeskriminalamt erhält eine eigene Datenverarbeitungsanlage. Das innerstaatliche und internationale Bildübertragungsnetz wird ausgebaut; dadurch werden die Möglichkeiten der Fahndung verbessert. Zur Bekämpfung der Verbrechen der politisch motivierten Ausländerkriminalität sind mit den Ländern bundeseinheitliche Richtlinien vereinbart worden.

Zur wirksamen Verbrechensbekämpfung gehören neben einer schlagkräftig ausgebauten Polizei und einer funktionsfähigen Gerichtsbarkeit eine Vielzahl von vorbeugenden Maßnahmen. Es ist eine in der kriminologischen Wissenschaft und Praxis seit nunmehr etwa 100 Jahren unumstößlich feststehende Tatsache, daß ungünstige soziale Bedingungen entscheidend zur Kriminalität beitragen. Es wird daher die Aufgabe jeder Regierung sein, die es mit der Verhinderung von Verbrechen ernst meint, durch eine Vielfalt sozialer Maßnahmen - gerade im Bereich der Familienpolitik - dafür zu sorgen, daß junge Menschen sich erst gar nicht zu kriminell anfälligen Personen entwickeln.

Solange die sozialen Bedingungen nicht so sind, daß sie als Ursache für Kriminalität ausscheiden, wird es Aufgabe jeder Kriminalpolitik sein müssen, den bei einzelnen Personen versäumten Erziehungsvorgang zu sozialem Verhalten nachzuholen. Dazu wird ein neues Strafvollzugsgesetz beizutragen haben, das die Resozialisierung straffällig gewordener Menschen versuchen wird, solange und soweit dieser Versuch Erfolg verspricht.

Es gehört schon ein gerütteltes Maß an Böswilligkeit dazu, der SPD mangelnde Bereitschaft zur Verbrechensbekämpfung vorzuwerfen. Denn die SPD weiß als die Partei, die für eine Verbesserung der Lebensqualität mit Nachdruck eintritt, daß zur "besseren Lebensqualität" gerade auch ein Zustand gehört, der die Gesellschaft weitgehend frei von Straftaten sieht. Dafür kämpft die SPD mit ihren Reformen.

(-/16.11.1972/ks/ex)

An der Spitze der Reformarbeit !

Ideologische Blockade durch die CDU/CSU wird nicht hingenommen

Von Dr. Klaus von Dohnanyi

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Im Rückblick auf drei Jahre Regierung Brandt/Scheel ist festzustellen, daß in der Bildungspolitik trotz verkürzter Legislaturperiode wesentliche Zusagen der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 erfüllt worden sind.

Noch nie zuvor hat eine Bundesregierung sich so intensiv um Tempo und Einheitlichkeit der Reform des Bildungswesens in der Bundesrepublik bemüht. Mit der Veröffentlichung des Bildungsberichts 1970 wurden zum ersten Mal von einer Bundesregierung die Veränderungen formuliert, die notwendig sind, um mehr Chancengleichheit und mehr Leistungsfähigkeit im Bildungswesen zu sichern. Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung wurde im Sommer 1970 auf Anregung des Bundes gegründet. Sie ermöglichte zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine systematische Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden sowohl in der Formulierung der Ziele als auch in der Durchsetzung einzelner Abschnitte der Bildungsreform.

Seit Oktober 1971 liegt ein weitgehend einheitliches Konzept für die langfristige Reform des Bildungswesens als Zwischenbericht für den Bildungsgesamtplan vor, der von den Kultusministern aller Länder und dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft im Rahmen der Bund-Länder-Kommission verabschiedet wurde. Ministerpräsidenten und Bundeskanzler bezeichneten im Rahmen ihrer Zusammenarbeit diesen Entwurf "als eine geeignete Grundlage" für die weitere Arbeit an der Bildungsreform; der Deutsche Bildungsrat nennt diesen Plan "einen bedeutenden Schritt in der bildungspolitischen Entwicklung".

Ländern und Bund wurde es erstmals möglich, nicht nur die Ziele zu formulieren, sondern auch den zukünftigen finanziellen Bedarf des Bildungswesens zu berechnen. Niemand konnte erwarten, daß dieser zukünftige Finanzbedarf des Bildungswesens von allen politischen Kräften sofort anerkannt werden würde. Aber es gelang der Bildungspolitik während der sozialliberalen Koalition in kaum drei Jahren die Mittel für Bildung und Wissenschaft in Bund, Ländern und Gemeinden von 1969 rd. 27,3 Milliarden DM auf 43,5 Milliarden DM 1972 zu steigern.

Bund, Länder und Gemeinden haben in den Jahren 1970 bis 1972 nicht nur ein langfristiges Konzept erarbeitet, sondern zugleich praktische Schritte zur Minderung der bestehenden Schwierigkeiten im Bildungsbereich getan: Der Bund allein verdoppelte seine Mittel für Bildung und Wissenschaft in den Jahren 1969 bis 1972 von 4,2 Milliarden DM auf 8,4 Milliarden DM. Er steigerte damit die Mittel

jährlich um durchschnittlich 25,12 vH. pro Jahr. Die jährliche Steigerungsrate in den Jahren 1967 bis 1969 betrug demgegenüber 8,64 vH. Der Anteil des Bundes an den gesamtstaatlichen Bildungs- und Wissenschaftsaufgaben ist um etwa ein Viertel auf heute fast 20 vH. gestiegen. Der Anteil dieser Ausgaben am Bruttosozialprodukt beträgt heute 5,2 vH. gegenüber 4,1 vH. im Jahre 1969.

Damit standen Bildung und Wissenschaft finanziell klar an der Spitze der Reformen, wie es in der Regierungserklärung 1969 zugesagt worden war.

Die Leistungen von Ländern und Bund während drei Jahren sozialliberaler Koalition in Bonn sind in wichtigen Engpaßbereichen bereits deutlich geworden. Zum Beispiel:

- Zur Förderung von Kindern aus einkommensschwächeren Familien erhalten nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz von 1971 nunmehr neben 225.000 Studenten auch rd. 173.000 Schüler Zuschüsse zu den Ausbildungskosten. Gesamtausgaben 1972: 1,7 Milliarden DM, davon Bundesanteil: 1,1 Milliarden DM, Gesamtausgaben 1969: 330 Millionen DM.

- Die Zahl der aktiven Lehrer wuchs von 1968 bis 1972 um 36 vH., demgegenüber die Zahl der Schüler in Vollzeitschulen nur um 13 vH.

- Von 1969 bis 1972 wurden für mehr als 100.000 Berufsschüler neue Ausbildungsordnungen geschaffen. Für insgesamt 500.000 von 1,3 Millionen Auszubildenden werden bis zum Sommer 1973 neue Ausbildungsordnungen vorliegen. Durch umfangreiche Modellversuchsprogramme wurden die Voraussetzungen für eine Verbesserung der Berufsausbildung geschaffen.

- Von 1967 bis 1969 wurden für den Hochschulbau 4,923 Milliarden DM ausgegeben (Bundesanteil: 1,844 Milliarden DM); von 1970 bis 1972 werden es 7,491 Milliarden DM sein (Bundesanteil: 3,808 Milliarden DM). Seit 1970 wurden etwa 80.000 Studienplätze an wissenschaftlichen Hochschulen geschaffen. Die Zahl der Studierendenden in diesem Bereich vom Wintersemester 1969/70 bis zum Wintersemester 1971/72 ist dagegen um etwa 73.000 angewachsen. Damit ist der Zuwachs der Zahl der Studienplätze an wissenschaftlichen Hochschulen erstmals höher als die Zunahme der Studentenzahlen.

- Die Bundesmittel für den Studentenwohnraumbau wurden von 1969 rund 20 Millionen DM auf rund 85 Millionen DM im Jahre 1972 (Haushaltsentwurf) gesteigert.

- 1969 gab es nach einer Umfrage der Bund-Länder-Kommission 1,05 Millionen Kindergartenplätze; 1972 hatten die Länder und Gemeinden bereits 1,25 Millionen Plätze geschaffen. Dies sind also

rund 200.000 Plätze mehr 1972 gegenüber 1969.

Wer diese erheblichen Fortschritte bestreitet, der zerredet die Leistungen, die Bund und Länder in den vergangenen drei Jahren gemeinsam erbracht haben. Wer das feststellt, muß sich aber dennoch bewußt bleiben, daß trotz großer Leistungen immer noch große Mängel im Bildungswesen bestehen. Wir müssen den Bürgern noch deutlicher als bisher machen, daß die Bildungsreform eine längerfristige Aufgabe ist und daß daher auch die kommende Legislaturperiode nicht ausreichen wird, um alle Mängel im Bildungswesen zu beseitigen. Der Ausbau eines Studienplatzes zum Beispiel dauert mindestens drei bis vier Jahre; die Ausbildung eines Lehrers dauert weitere Jahre. Was in den sechziger Jahren versäumt wurde, macht sich heute für die Bevölkerung bitter bemerkbar.

Die Sozialdemokraten haben ein klares, langfristiges Konzept für die Bildungsreform. Sie werden in der nächsten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages die Arbeit nach dem vorliegenden Konzept stetig fortsetzen.

Im Vordergrund stehen dabei folgende Aufgaben:

- Ausbau von Kindergärten und Vorschulen;
- Zusammenführung der bisher getrennten Schularten, u.a. durch Einführung der Orientierungsstufe für alle bis 1976 und durch schrittweise Verwirklichung der Gesamtschule;
- Erneuerung der Inhalte und die finanzielle Stärkung der Berufsbildung als besonderer bildungspolitischer Schwerpunkt; Stärkung der Verbindung von Berufsbildung und allgemeinbildender Schule und der öffentlichen Verantwortung für die Berufsbildung;
- praxisnahe Studienreform und Verwirklichung der Gesamthochschule, Fortführung eines rationellen Ausbaus der Hochschulen, die auch zum Zwecke einer zügigen Verringerung des Lehrermangels; Rahmengesetzgebung zur Hochschulreform;
- Ausbau der Weiterbildung;
- Stärkung der Einheitlichkeit des Bildungswesens; Bildungseinrichtungen müssen in besonderem Maße in bisher benachteiligten ländlichen Gegenden und Randgebieten errichtet werden;
- Demokratisierung der Bildungsinhalte.

Die Stellungnahme des Finanzplanungsrates, daß aus heutiger Sicht die langfristigen Ziele für 1985 als kaum finanzierbar erscheinen, kann nach meiner Auffassung keinen Verzicht auf die langfristigen bildungspolitischen Ziele bedeuten. Die Planung muß in Finanzierungsabschnitte zerlegt werden, damit den Finanzministern von 1972 nicht bereits jetzt auch solche Entscheidungen aufgebürdet werden, die erst in einem späteren Zeitabschnitt getroffen werden müssen.

Der Bildungsgesamtplan muß so schnell wie möglich verabschiedet werden, weil nur an Hand einer langfristigen Planung Fehlinvestitionen vermieden werden können. Die bildungspolitische Zusammenarbeit in Bund, Ländern und Gemeinden muß weiter gestärkt werden. Einheitlichkeit in der Reform ist ein wichtiges Ziel. Aber die Reformer können und werden eine ideologische Blockade wichtiger bildungspolitischer Schritte durch die CDU/CSU nicht hinnehmen.

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Achtung: "Der Sozialdemokrat kommt!"

Der Trierer katholische "Arbeitskreis Imprimatur" veröffentlichte in seiner Zeitschrift "Imprimatur" (Mathias Grunewald-Verlag Mainz) einen "Warnungsruf an unsere katholische Landvolk", den "ein alter Dorfpfarrer" im Jahre 1890 in Freiburg unter dem Titel "Der Sozialdemokrat kommt!" herausgegeben hatte. Der Arbeitskreis stellte diesem Brief von 1890 (achte Auflage!) die Wählerklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken 1972 entgegen und stellte dazu fest: "Wahlkampf 1972 mit den Klischees von 1890." Wir veröffentlichen den "Dorfpfarrer"-Brief nach dem Wortlaut von "Imprimatur".

"Wenn im dreißigjährigen Krieg, oder, wie die Bauern heute noch sagen, im 'Schwedenkrieg' ... der Ruf ertönte: 'Der Schwed kommt!', so wußten die Bauern des betreffenden Ortes, was sie zu thun hatten ihrem gefährlichsten Feinde gegenüber. Ähnlich muß jetzt jeder Dorfpfarrer warnend rufen: 'Der Sozialdemokrat kommt!'

Die Sozialdemokratie will durch gewaltsame Volksherrschaft die menschliche Gesellschaft... dadurch verbessern, daß sie die ganze heutige gesellschaftliche Ordnung auf den Kopf stellt. Die Sozialdemokratie behauptet, es sei noch nicht, daß die einen Menschen reich, die anderen arm, die einen Herren, die anderen Knechte seien. Diesem 'Mißstande' sei nun dadurch abzuhelfen, und das Glück und die Gleichheit aller Menschen dadurch herzustellen, daß allgemeine Gütergemeinschaft und gemeinschaftliche Arbeit aller Menschen eingeführt werden.

Vater und Mutter sind die von Gott gesetzte Gewalt über die Kinder, die in der Familie zuerst Auctorität und Gehorsam lernen sollen... Die edelsten Gefühle des Menschen ruhen auf dieser Elternliebe. Bei der Sozialdemokratie hört das auf... Es kommt aber noch ärger. Die Kinder sollen auch nicht mehr nach dem Geschlecht abgesondert werden. Sie sollen möglichst bald alles Geschlechtliche, über die Entstehung und die Entwicklung des Menschen... Alle Schranken der Scham und der Ehrbarkeit sollen also fallen. Auch gegen den bodenlosen Sumpf der Unsittlichkeit, der da entstehen wird, brauche ich kein Wort zu verlieren...

Soll der Staat dafür sorgen, daß wir ein strengeres Regiment bekommen in vielen Dingen, Freiheit ist ein hohes Gut. Aber Freiheiten, die zur Verwilderung und zur Verrohung dienen, sind ebenso große Übel. Unser liberaler Staat hat jeden Schulbuben zu einem freien Mann gemacht, dem man keine Ohrfeige mehr geben darf... Die Folge davon zeigt sich in der Zuchtlosigkeit der Jugend, die man zudem vom 16. Jahre an auf allen höheren Schulen religiös frei stellt, während man in Stadt und Land den Besuch der Christenlehre, der früher polizeilich überwacht war, jedem überläßt... Man höre ferner auf, die Zuchthäuser und Gefängnisse zu Erholungsanstalten zu machen, wo die Leute besser essen und schlafen, als viele Tausende auf dem Lande, und wo sie herauskommen und erzählen, wie gut sie es gehabt haben...

Aber, fragst du, wer schafft dann Ordnung und was hält der Sozialdemokrat von Staat, der die Ordnung erhalten soll? Lieber Freund, da mußt du wissen, daß jetzt "Freiheit und Gleichheit existiert, und es keine Regierung und keine Dienstbarkeit mehr gibt; alle sind Herren, es gibt keine Unterthanen und keine Knechte und Mägde mehr... Jede Gemeinde, Männer und Weiber, wählen Vertrauenspersonen als eine Art Verwalter: die haben Vorkomitee zu sammeln, für Speise und Trank zu sorgen, die Zahl der Arbeiter und zu was und wieviel man solche braucht, festzusetzen. Über diesen Gemeindeverwaltungen steht die Zentralverwaltung, die das Ganze leitet und in der natürlich die Generäle der Sozialdemokratie sitzen...

Kurz und gut, man höre auf mit dem Humanitäts- und Freiheitsdusel, wo er nicht am Platz ist. Man gebe den Sozialdemokraten als Arbeitern alles, was recht und billig ist. Sind sie dann noch revolutionär, so zeige man ihnen scharf den Keilster, ehe es zu spät ist und sie uns auf die Köpfe schlagen ohne lange Justiz."

* (Gemeint ist: nach der Machtergreifung durch die Sozialdemokraten).
(-/16.11.1972/bgy/ex)